

Exekutive

Polizei schützt Menschenrechte

Die Innenministerin sieht die Polizei auf dem richtigen Weg zur „Menschenrechtsorganisation“. Sogar Kritiker loben das Projekt.

VON JOHANNES WOLF

Die Polizei als „erste“ Menschenrechtsschutzorganisation? Dieses Selbstverständnis löst bei vielen Bürgern wohl eher Erstaunen aus. Doch das Innenministerium will einen solchen Paradigmenwechsel in der Exekutive weiter vorantreiben. Selbst als polizeikritische bekannte Organisationen wie Amnesty International (ai) und die Caritas konstatieren, dass sich in den letzten Jahren einiges verändert hat.

„Unser Ansatz ist, dass eine professionell agierende Polizei auch menschenrechtskonform handelt“, erklärte Innenministerin Maria Fekter anlässlich des internationalen Tags der Menschenrechte am Donnerstag. Wesentlich für die Veränderung der „Unternehmenskultur“ ist das unter ihrem Vorgänger initiierte Projekt „Polizei.Macht.Menschen.Rechte.“

Bewusstsein Das anspruchsvolle Ziel: Im Bewusstsein jedes Polizisten muss verinnerlicht sein, dass er oder sie bei jeder Amtshandlung durch ihr Handeln primär die Menschenrechte zu schützen und zu verwirklichen hat.

Insbesondere in Hinblick darauf, dass die Polizei, um Rechte schützen zu können, oft wieder in Rechte von Menschen eingreifen muss. Erst ein unverhältnis-



Maria Fekter will ein Umdenken des Apparats

mäßiger Eingriff stellt aber eine Menschenrechtsverletzung dar.

In Arbeitsgruppen, an denen rund 250 Polizisten aus allen Hierarchieebenen beteiligt waren, wurde das eigene Berufsbild neu definiert und 24 „Orientierungssätze“ formuliert (etwa „Menschenrechte sind unteilbar und gelten auch für uns“). In den Prozess wurden viele Organisationen wie Caritas, ai, UNHCR, „Schwarze Frauen“, Migrantenvereine eingebunden – als Resonanzgruppe für die Außensicht. „Ich bin beeindruckt, es fehlt nichts“, sagt ai-Generalsekretär



Begrüßen Vorhaben: Heinz Patzelt (li.), Amnesty, Michael Landau, Caritas

Heinz Patzelt angesichts des vorliegenden Inhaltes und Umfangs des Vorhabens. Selbst relativierende Formulierungen wie „wir achten die Menschenrechte soweit als möglich“ würden sich nicht finden. Wird das „alles umgesetzt, haben wir von ai bald nicht mehr viel zu tun.“

Ähnlich Wiens Caritas-Direktor Michael Landau. Er hält fest, dass diese strukturelle Verankerung in der Polizei („dass Menschenrechte nicht als lästiges Anhängsel, die die Arbeit behindern, gesehen werden“) auch zu konkreten Ergebnissen führen müssen – was zuletzt auch an der Politik liege.

Während jedoch Landau das Projekt als ein „Samenkorn, das in fruchtbare Erde fällt“ sieht, ist die Innenministerin überzeugt, dass „wir schon in der Keimlingsphase sind“.

► Menschenrechtspreis

Auszeichnung für Kämpferin gegen Zwangsprostitution

Dass sie jetzt einen Preis bekommt, findet sie ein bisschen komisch. Denn „meine Arbeit ist selbstverständlich. Wer die Möglichkeit hat, muss helfen.“ Joana Adesua Reiterer kämpft gegen Menschenhandel und Zwangsprostitution.

Der 28-Jährigen mit dem fröhlichen Lachen sieht man die schrecklichen Erfahrungen, die sie schon als Kind gemacht hat, nicht an.

Eine Voodoo-Priesterin erklärte die damals 14-jährige Adesua zur Hexe. In Nigeria werden viele Kinder ausgestoßen, geschlagen, mit Säure verätzt, um ihnen vermeintliche böse Geister auszutreiben. Ihr Vater glaubte, sie bringe ihrer Familie Unglück und verstieß sie. Adesua floh nach Lagos, lebte unter einer Brücke, erlebte Gewalt, Armut, Hoffnungslosigkeit.

Ware Frau Mit 22 Jahren kam sie aus Nigeria nach Österreich. Ihr Mann, er stammt aus Nigeria, war Geschäftsmann in Wien. Welcher Art seine Geschäfte waren, wusste Adesua nicht. Die „Ware“, mit der er handelte, waren junge Frauen, die hier auf den Billigstrich gehen mussten, um ihre „Reisekosten“ abzarbeiten. Auch der Nigerianische Glaube an den „Voodoo-Zauber“ wurde als Druckmittel eingesetzt.

Joana Adesua Reiterer setzt ihre Lebensgeschichte öffentlichkeitswirksam für Menschenrechte ein. Sie schrieb ihre Erfahrungen in ihrer Autobiografie „Die Wassergöttin“ nieder und recherchierte gemeinsam mit den Journalistinnen Corinna Milborn und Mary Kreuzer für das Buch „Ware Frau“, wie Frauen aus Nigeria in Europa zur Prostitution gezwungen werden.



Ausgezeichnet: J. Adesua Reiterer

Der 2006 von ihr gegründete Verein EXIT setzt sich für nigerianische Frauen ein, die als Opfer von Frauenhandel zu Prostitution gezwungen werden. EXIT will sowohl die afrikanische als auch die europäische Öffentlichkeit über Menschenhandel und Zwangsprostitution aufklären und Betroffenen beim Ausstieg helfen.

Joana Adesua Reiterer – sie ist in zweiter Ehe mit einem Waldviertler verheiratet und hat einen dreijährigen Sohn, erzählt sehr selbstbewusst über ihr Engagement. Aber eben so, als wäre es das Selbstverständlichste auf der Welt.

Donnerstagabend erhielt Reiterer den erstmals von der „Österreichische Liga für Menschenrechte“ verliehenen Menschenrechtspreis. – Barbara Mader

INTERNET
www.adesuainitatives.org

Stadt Wien

Amt der Wiener Landesregierung
MA 22 – Wiener Umweltschutzabteilung

Kundmachung
Vorläufige Umweltverträglichkeitserklärung
KKW Belarus, Belarus

Gemäß § 10 Abs. 7 des Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetzes 2000 – UVP-G 2000, BGBl. Nr. 697/1993, zuletzt geändert durch BGBl. I Nr. 87/2009, wird kundgemacht:

Das Umweltministerium der Republik Belarus hat der Republik Österreich gemäß Artikel 4 des UN/ECE-Übereinkommens über die Umweltverträglichkeitsprüfung im grenzüberschreitenden Rahmen (Espoo-Konvention) die Umweltverträglichkeitserklärung für das Vorhaben der Inbetriebnahme einer neuen Kernkraftanlage in Belarus (KKW Belarus) übermittelt.

Projektwerberin ist das Directorate for Nuclear Power Plant Construction, Chicherina str., 19, Minsk, 220029, Belarus.

Für dieses Vorhaben wird eine Umweltverträglichkeitsprüfung nach belarussischem Recht (Verfügung des belarussischen Umweltministers vom 17. Juni 2005 r, Nr. 30) und der Espoo-Konvention unter Beteiligung Österreichs durchgeführt. Zuständige Behörde ist das belarussische Umweltministerium.

Die Notifikation, die vorläufige Umweltverträglichkeitserklärung inklusive einer nichttechnischen Zusammenfassung liegen beim Amt der Wiener Landesregierung, MA – 22 Wiener Umweltschutzabteilung, 1200 Wien, Dresdner Straße 45, 3. Stock, Zimmer 3.24, von 14. Dezember 2009 bis einschließlich 25. Jänner 2010 jeweils von Montag bis Freitag, von 8:00 bis 12:00 Uhr und von 13:30 Uhr bis 15:00 Uhr und Donnerstag auch von 13:30 bis 17:00 Uhr zur öffentlichen Einsichtnahme auf:

Die obgenannten Unterlagen sind zusätzlich im Internet auf der Homepage des Umweltbundesamtes, <http://www.umweltbundesamt.at/uvpkkwbelarus>, sowie auf der Homepage des Amtes der Wiener Landesregierung – Magistratsabteilung 22 unter <http://www.wien.gv.at/umweltschutz/bekanntmachungen/index.html> abrufbar.

Zum Vorhaben kann während der Auflagefrist jedermann eine schriftliche Stellungnahme an die Wiener Landesregierung im Wege des Amtes der Wiener Landesregierung – Magistratsabteilung 22, 1200 Wien, Dresdner Straße 45, senden.

Die eingelangten Stellungnahmen werden an die belarussische Behörde weitergeleitet.

Wien, am 11. Dezember 2009

Für die Landesregierung:
Mag. Gabriela Forchtner, M.E.S.

► Menschenrechtsbefund

Richterin sieht „dringenden Handlungsbedarf“

Während die Innenministerin die Menschenrechte keimen sieht, konstatiert die Liga für Menschenrechte einen „besorgniserregenden“ Umgang in Österreich mit eben diesen. Die Präsidentin der Liga, die Richterin Barbara Helge, erkennt im Menschenrechts-

befund 2009 „dringenden Handlungsbedarf“ bei den Themen Bildung, Rechte von Kindern sowie beim Asyl- und Fremdenrecht. Menschenrechtliche Standards hätten Vorrang vor Verfahrensbeschleunigung und Missbrauchsbekämpfung. Helge tadelte auch das

neue „Partnerschafts-Gesetz“ als „diskriminierend.“ Es sei „überflüssig“, homosexuellen Paaren denselben Familiennamen zu verweigern. Außerdem kritisiert die Liga das Schulsystem, das Kinder von Besserverdienern bevorzuge, als diskriminierend.

Das Holzhaus am Rande der Stadt

Wohnbau – Ludwig will in Aspern „Konkurrenz der Baustoffe“

Ist es die Sehnsucht des Städters nach Natur? Der Baustoff Holz hat ein „sympathisches Image“, sagt Wohnbaustadtrat Michael Ludwig. „Holz erweckt positive Gefühle.“

In Wien gibt es mit den Häusern in der Spöttelgasse (21.) und am Mühlweg (22.) bereits zwei mehrgeschoßige Wohnbauten aus Holz.

Am Donnerstag stellte Ludwig die Siegerprojekte für zwei weitere Wiener Holzwohnbauten vor: Die Architekten Hagmüller und Schluder bauen bis Juli 2012 an der Wagramer Straße (22.) 86 geförderte Wohnhäuser, das Architekturbüro Praschl-Goodarzi plant auf der Breitenfurter Straße in Liesing 56 Mietwohnungen aus Holz – auf jenem Grundstück, auf dem 2006 die De-

cken eines Gemeindebaus aus den 40er-Jahren ein- stürzten. Eine Sanierung des Hauses war nicht mehr möglich, es wurde abgerissen.

Das Interesse an den neuen Wohnbauprojekten ist

groß, „wir könnten jede Wohnung mehrfach vergeben“, sagt Ludwig. Auch in der Seestadt Aspern soll Holz zum Einsatz kommen, als „Konkurrenz zu Massiv- und Ziegelbau.“



Wohnbau aus Holz an der Breitenfurter Straße von Praschl-Goodarzi

Das Holzhaus am Rande der Stadt

Wohnbau – Ludwig will in Aspern „Konkurrenz der Baustoffe“

Ist es die Sehnsucht des Städters nach Natur? Der Baustoff Holz hat ein „sympathisches Image“, sagt Wohnbaustadtrat Michael Ludwig. „Holz erweckt positive Gefühle.“

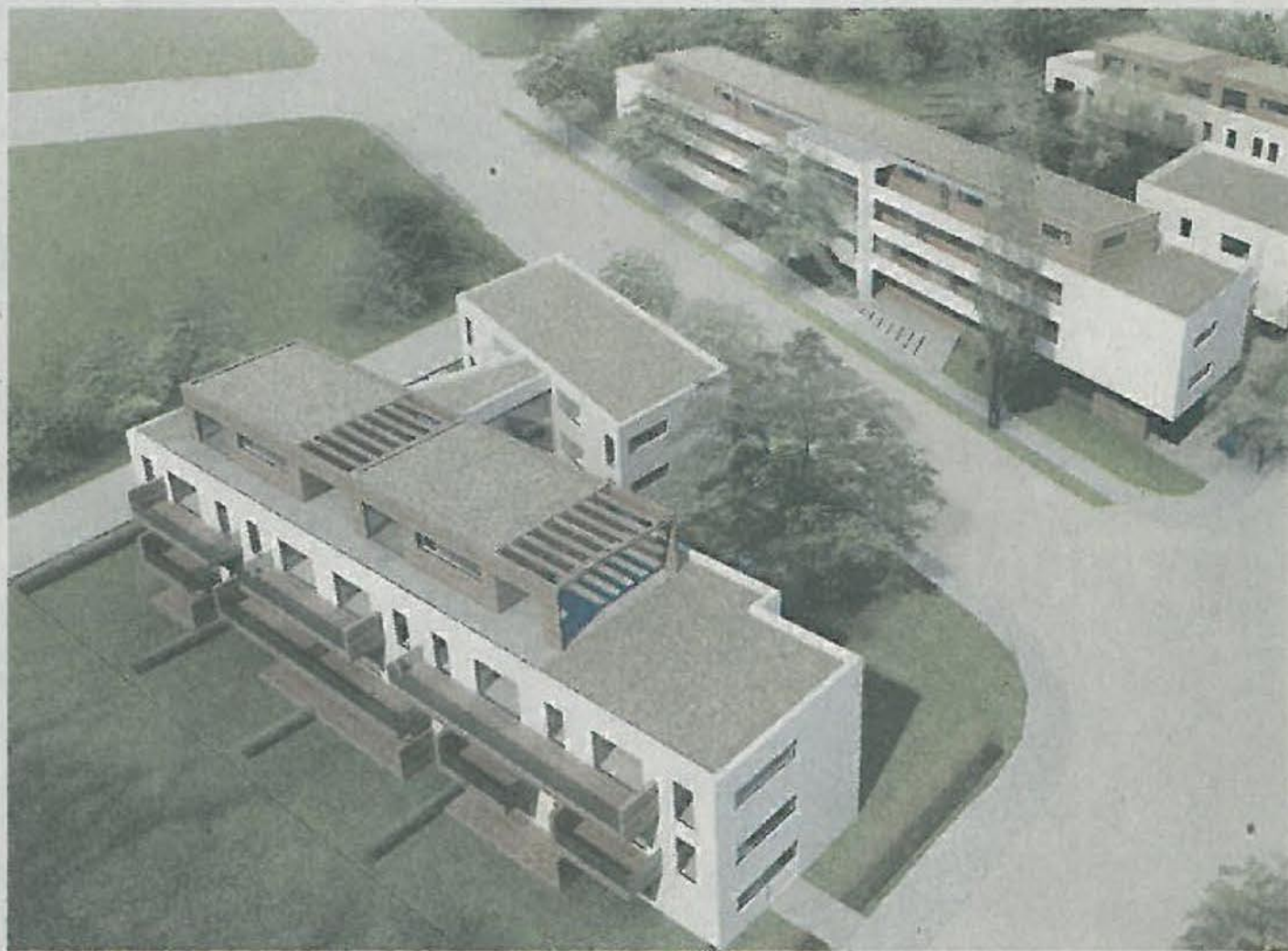
In Wien gibt es mit den Häusern in der Spöttelgasse (21.) und am Mühlweg (22.) bereits zwei mehrgeschoßige Wohnbauten aus Holz.

Am Donnerstag stellte Ludwig die Siegerprojekte für zwei weitere Wiener Holzwohnbauten vor: Die Architekten Hagmüller und Schluder bauen bis Juli 2012 an der Wagramer Straße (22.) 86 geförderte Wohnhäuser, das Architekturbüro Praschl-Goodarzi plant auf der Breitenfurter Straße in Liesing 56 Mietwohnungen aus Holz – auf jenem Grundstück, auf dem 2006 die De-

cken eines Gemeindebaus aus den 40er-Jahren einstürzten. Eine Sanierung des Hauses war nicht mehr möglich, es wurde abgerissen.

Das Interesse an den neuen Wohnbauprojekten ist

groß, „wir könnten jede Wohnung mehrfach vergeben“, sagt Ludwig. Auch in der Seestadt Aspern soll Holz zum Einsatz kommen, als „Konkurrenz zu Massiv- und Ziegelbau.“



Wohnbau aus Holz an der Breitenfurter Straße von Praschl-Goodarzi